

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Gliem, Helga
Wingerter, Sigrid

stellv. für Stv. Becker; zu
TOP 3

Fraktionsloses Mitglied:

Nitsche, Bastian
Westermann, Hartwig

Gäste:

Kleyboldt, Peter
Pachan
Schulz, Herr

zu TOP 3
zu TOP 4
zu TOP 10

Ortsvorsteher/in:

Finke, Alfons
Schwane, Walter
Wendholt, Irmgard

zu TOP 3
bis TOP 12 einschl.

Verwaltungsmitarbeiter/in:

Bücker, Ludger
Dahlhaus, Martin
Gottlob, Ralf
Klein-Bösing, Ludger
Lührmann, Rolf
Schlüter, Franz
Schnelting, Alfons
Schulze Hessing, Mechtild

Fachbereichsleiter
Fachabteilungsleiter
Fachbereichsleiter
Fachabteilungsleiter
Bürgermeister

Fachbereichsleiter
Erste Beigeordnete

Schriftführer/in:

Kaß, Matthias

Es fehlen entschuldigt:**CDU:**

Nikolov, Nico
Richter, Frank

SPD:

Kaiser, Michael

Bündnis 90/DIE GRÜNEN:

Becker, Maja

Abgewickelte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
- 3 EGW - Nachsorge Mülldeponie Hoxfeld - Vortrag Herr Kleyboldt
- 4 Neuordnung des öffentlichen Schüler- und Stadtverkehrs in Borken
hier: Vorstellung der bisher erarbeiteten Ergebnisse durch Herrn Pachan
Vorlage: V 2014/261
- 5 Umzug der VHS-Verwaltung in das VHS-Forum
Vorlage: V 2014/260
- 6 Verkehrssituation Holzplatz - Antrag Bündnis90/Die Grünen
Vorlage: V 2014/250
- 7 Gesamtstädtische Untersuchung zu Gewerbe- und Industrieauflä-
chen-Potenzialen in Borken
Vorlage: V 2014/262
- 8 Aufhebung Rezesse Gemarkung Borkenwirthe
Vorlage: V 2014/253
- 9 Sachstandsbericht über die Turnhalle der Remigiusschule aufgrund des
E-Mail-Antrages der CDU vom 23.09.2014
Vorlage: V 2014/280
- 10 Dachsanierung der Turnhalle der Astrid-Lindgren-Grundschule und
Austausch des Schwingbodens der Turnhalle
Vorlage: V 2014/265
- 11 Mitteilungen und Anfragen
 - 11.1 Aktuelle Planung St. Remigius Kirchplatz
 - 11.2 Anlagen von Vorlagen
 - 11.3 Verkehrssituation Coesfelder Straße

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Rottbeck begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt ist und das Gremium beschlussfähig ist.

zu 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Seitens der anwesenden Bürgerinnen und Bürger werden keine Fragen gestellt.

zu 3 EGW - Nachsorge Mülldeponie Hoxfeld - Vortrag Herr Kleyboldt

Herr Peter Kleyboldt (EGW) merkt an, dass seit zwei Wochen die Genehmigung vorhanden sei und erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Nachsorge Mülldeponie Hoxfeld.

Stv. Kohlruss gibt an, dass die Aussage über fallende Gebühren im Jahre 2019 in die Niederschrift aufgenommen werden solle. Zudem wirft Stv. Kohlruss die Fragen auf, was auf die Bürgerinnen und Bürger für Kosten hinzukommen werden und warum nun ein BHKW gebaut werde, obwohl beim letzten Vortrag erwähnt worden sei, dass die Gasfassung ab dem Jahr 2022 nicht mehr wirtschaftlich sei.

Herr Kleyboldt erklärt, dass die Kostenprojektion gutachterlich hinterlegt sei. Nach aktuellem Plan werden die Gebühren ab 2019 sinken. Zu der Kostenveränderung für Bürgerinnen und Bürger könne aktuell keine Aussage gemacht werden. Auf Grund der Vorgaben seien die Kosten für das BHKW noch mit aufzunehmen da eine hundertprozentige Aussage zur Gasfassung noch nicht gemacht werden könne.

Bürgermeister Lührmann fügt hinzu, dass die angegebenen Mehrkosten nur ein Teil der Gesamtkosten seien und die Abfallbeseitigungsgebühren deutlich steigen werden.

Herr Kleyboldt teilt mit, dass die anderen Kostenteile sehr stabil seien und sogar leicht sinken. Trotzdem werde es insgesamt zu einer Kostensteigerung führen.

Stv. Kindermann stellt die Frage, bis zu welchem Jahre die Abdichtung projiziert werden könne.

Herr Kleyboldt gibt an, dass die Abdichtung bis zum Jahre 2035 projiziert werde. Dieses ergebe sich aus der Deponieverordnung.

Stv. Ebbing möchte wissen, warum die Gebühren 2019 wieder sinken sollten, da sie aktuell steigen.

Herr Kleyboldt erläutert, dass die Arbeit bestmöglich nach vorgegebenen Standards gemacht werde. Zudem werden die Aussagen durch ein Gutachten unterstützt.

Bürgermeister Lührmann fügt hinzu, dass es aktuell nicht vorhersehbar sei. Es werde immer wieder neue Anforderungen geben, welche die Kosten nach oben bewegen werden.

Stv. Kindermann wirft die Frage auf, ob zum Thema neues Müllsammelsystem /-verwertung schon einige Ausblicke vorhanden seien.

Herr Kleyboldt erklärt, dass auf das entsprechende Gesetz noch gewartet werde. Es sei ein Wertstoffgesetz geplant, zu dem bereits erste Eckpunkte in Berlin formuliert würden. Das duale System sei noch gesetzt.

**zu 4 Neuordnung des öffentlichen Schüler- und Stadtverkehrs in Borken
hier: Vorstellung der bisher erarbeiteten Ergebnisse durch Herrn
Pachan
Vorlage: V 2014/261**

Herr Pachan (BVS Rödel & Pachan) erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die bisher erarbeiteten Ergebnisse des öffentlichen Schüler- und Stadtverkehrs in Borken.

Stv. Ebbing möchte wissen, ob die Linie 853 weiterhin die selben Stellen anfähre. Zudem müsse es eine Verbindung von der Innenstadt bis zum Waldfriedhof geben.

Herr Pachan erklärt, dass die Linienführung noch offen sei, aber große Teile beibehalten blieben. Der Waldfriedhof sei ein wichtiges Ziel und werde mit in die Planungen integriert.

Stv. Ebbing wirft die Frage auf, wann die ersten Busse im Außenbereich losfahren, da einige Personen den ersten Sprinterbus um 6.30 Uhr zu erreichen haben.

Herr Pachan gibt an, dass dieser Vorschlag mit aufgenommen werden könne.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing fügt hinzu, dass die Verbindungen im ländlichen Bereich über den ÖPNV schwierig werden könnten.

Stv. Gliem stellt die Fragen, ob sich bei der Ausschreibung für den Schülerverkehr auch die Firma mit den vielen kleinen roten Bussen beteiligen könne und wie viele Kinder aktuell mit Monatskarten fahren. Zudem seien alle Bushaltestellen zu beleuchten.

Herr Pachan erläutert, dass die Monatskarten auf die einzelnen Unternehmen umgelegt werden und nicht eins zu eins umgerechnet werden könne. Auch ein Unternehmen mit kleinen Bussen könne sich bewerben. Allerdings könne dieses durch die Anforderungen der Fahrzeuge in der Ausschreibung modifiziert werden.

Stv. Kohlruss möchte wissen, wie lange die Ausschreibung für die Beförderung laufe und merkt an, dass die Verkleinerung der Linie 853 in kleinere Fahrzeuge eine sehr gute Idee sei. Die Haltestellen der Innenstadt seien zu überdenken.

Herr Pachan erklärt, dass die Ausschreibung für die Dauer von maximal 4 Jahren am Stück plus 2 einzelnen Jahren, also insgesamt 6 Jahre möglich sei. Eine kürzere Zeit sei möglich.

Stv. Kindermann wirft die Fragen auf, ob an den Haupthaltestellen digitale Infotafeln ein Thema seien und ob die vielen Umbauten in der Innenstadt mit eingeplant werden.

Herr Pachan gibt an, dass eine digitale Infotafel mit live Ticker am Bahnhof im Gespräch sei. Die baulichen Veränderungen der Innenstadt fließen mit in die Planungen ein.

Stv. Gliem merkt an, dass es schrecklich sei, wenn der Stadtbus am Marktplatz oder der Kirche halte. Wenn die Linie anders geplant werde, dann müsse die Verkehrsplanung für die gesamte Innenstadt überarbeitet werden.

Bürgermeister Lührmann erläutert, dass die Situation an der Willbecke dringend geändert werden müsse. Eine endgültige Idee sei noch nicht vorhanden.

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss nimmt die von Herrn Pachan vorgestellten bisher erarbeiteten Ergebnisse zur Kenntnis.

zu 5 Umzug der VHS-Verwaltung in das VHS-Forum
Vorlage: V 2014/260

Stv. Kindermann stellt fest, dass der Unterricht der Musikschule und Seminare der VHS nicht Raum an Raum durchgeführt werden könne und wirft zudem die Frage auf, wie die Räumlichkeiten für das Jobcenter angedacht seien.

Fachbereichsleiter Gottlob erklärt, dass akustische Probleme zu lösen seien. Die VHS und die Musikschule haben in gemeinsamen Gesprächen diese Problematik erörtert und werden sich diesbezüglich abstimmen.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing fügt hinzu, dass im Fallmanagement einige Schulungen durchgeführt werden, welche dann auch in der Duesbergschule absolviert werden könnten.

Stv. Kohlruss gibt an, dass die CDU Fraktion den Umzug unterstütze.

Beschluss:

Die VHS-Verwaltung zieht im Januar 2015 in das VHS-Forum um.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 6 Verkehrssituation Holzplatz - Antrag Bündnis90/Die Grünen
Vorlage: V 2014/250

Stv. Gliem erläutert den gestellten Antrag und gibt an, dass die Verwaltung sich erneut mit dem Thema beschäftigen solle. Die aktuelle Situation sei nicht behindertenfreundlich. Zudem solle der Antrag nicht direkt abgelehnt werden.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing erklärt, dass Fachleute festgestellt haben, dass der Antrag so nicht umsetzbar sei. Die Verkehrsführung sei begrenzt. Zudem seien alle Interessenslagen zu berücksichtigen. Nach aktuellem Konzept könne nichts verändert werden.

Stv. Gliem merkt an, dass die Verkehrsführung in Ordnung sei aber ein Parkplatz für Behinderte vorhanden sein müsse.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing gibt an, dass für Behindertenparkplätze Vorgaben und Richtlinien vorhanden seien. Die Situation am Holzplatz werde nochmals angeschaut.

Stv. Kohlruss fügt hinzu, dass es Parkplätze für Behinderte, wenn möglich, gerne vor jedem Geschäft geben solle. Ein Behindertenparkplatz am Holzplatz sei bei der aktuellen örtlichen Situation nicht sinnvoll. Eine Geschwindigkeitsbegrenzung durch das aufmalen der Zahl sieben werde nicht helfen. Das Ordnungsamt sowie die Polizei müsse vor Ort präsent sein.

Bürgermeister Lührmann stellt fest, dass die gegebene Enge zu vorsichtiger Fahrweise zwingt. Auch der Bäcker habe ein Interesse daran, dass die Kunden kurz parken können.

Stv. Kindermann ist der Meinung, dass dann alle Parkplätze entfernt werden sollen, wenn ein Behindertenparkplatz nicht möglich sei.

Bürgermeister Lührmann merkt an, dass auf jeder großen Parkplatzanlage erkennbar sei, dass Behindertenparkplätze breiter seien als normale.

Stv. Ebbing ergänzt, dass am Holzplatz ein Parkplatz für Behinderte nicht möglich sei. Die Ecke funktioniere, obwohl dort viel falsch gemacht werde.

Stv. Gliem erläutert, dass die vorhandenen Parkplätze von Dauerparkern genutzt werden und die Verwaltung dieses am Wochenende überprüfen solle. Zudem sei die Beschlussfassung zu verschieben.

Stv. Ebbing schlägt vor, den Tagesordnungspunkt zu verschieben und vor der nächsten Umwelt- und Planungsausschusssitzung einen Ortstermin durchzuführen.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing gibt an, dass die Verwaltung zusammen mit Frau Gliem das Problem erörtern könne und das Ergebnis dem Umwelt- und Planungsausschuss vorstellen werde.

Stv. Tautz fügt hinzu, dass aus jeder Fraktion jemand zu beteiligen sei.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing gibt an, dass gerne aus jeder Fraktion jemand teilnehmen könne.

Stv. Kohlruss merkt an, dass ein Behindertenparkplatz sehr breit sein müsse und es sei weit hergeholt, dass ein Rollstuhlfahrer dort Brötchen hole.

Stv. Flasche ergänzt, dass ein Parkplatz für Behinderte mindestens 3,50 meter breit sein müsse.

Beschluss:

Der Antrag Bündnis90/Die Grünen auf Umgestaltung der Verkehrssituation Ahauser Straße/Holzplatz/Neustraße soll mit je einem Fraktionsmitglied und der Verwaltung erörtert werden.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 19 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

**zu 7 Gesamtstädtische Untersuchung zu Gewerbe- und
 Industriebauflächen-Potenzialen in Borken
 Vorlage: V 2014/262**

Bürgermeister Lührmann gibt an, dass die Flächen knapp werden.

Stv. Gliem möchte wissen, ob auch die bestehenden Flächen mit in das Gutachten eingeschlossen werden und ob die Flächen überhaupt nötig seien, wenn es mit dem Gewerbepark A31 doch klappen sollte. Zudem solle eine Aufschlüsselung angefertigt werden, aus der hervorgeht, wie viele neue Arbeitsplätze entstanden sind.

Bürgermeister Lührmann erläutert, dass die Flächen notwendig seien, da es sich hier um ein klassisches kommunales Gebiet mit kleineren Flächen handelt. Bezüglich der geschaffenen Arbeitsplätze könnten die entstandenen Arbeitsplätze aufgelistet werden.

Stv. Kranenburg fügt hinzu, dass an die zukünftigen Generationen zu denken sei. Flächen vor Ort seien notwendig.

Stv. Gliem merkt an, dass der wirtschaftliche Aufschwung laut den Medien vorbei sei, wie auch am demografischen Wandel zu erkennen sei. Es könne nicht sein, dass das Gewerbe wachse und die Bevölkerung sinke.

Bürgermeister Lührmann erklärt, dass die Konjunkturerwartungen Schwankungen unterworfen seien. Die Flächen seien aber für die nächsten 20 – 30 Jahre geplant.

Stv. Böhr gibt an, dass gerade bezüglich des demografischen Wandels, die Stadt Borken etwas brauche, um attraktiv zu bleiben.

Stv. Kohlruss fügt hinzu, dass nun die Möglichkeit bestehe, für die nächsten Generationen Flächen zu schaffen, damit auch in Zukunft noch welche vorhanden seien. Der demografische Wandel werde kommen. Hierbei sei zu berücksichtigen, dass ein Schlosserreibetrieb, welcher damals 20 Angestellte hatte, auf Grund der technologischen Entwicklung heute nur noch 5 Angestellte habe, aber genauso viel Fläche, wenn nicht sogar mehr, benötige.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Vorbereitungen zur Vergabe einer gesamtstädtischen Betrachtung zu Gewerbe- und Industriebauflächen-Entwicklungspotenzialen in Borken an ein geeignetes Fachbüro zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit 17 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

zu 8 Aufhebung Rezesse Gemarkung Borkenwirthe
Vorlage: V 2014/253

Beschluss:

Der Umwelt- und Planungsausschuss beschließt, dem Rat der Stadt Borken zu empfehlen, zum Zwecke der Änderung des Teilungsrezesses der Butenwirther Mark vom 13.10.1831 betreffend des Mühlenweges und der Gutenbergstraße südlich der Dunkerstraße folgende Satzung zu beschließen:

Satzung

über die Änderung des Teilungsrezesses der Butenwirther Mark vom 13.10.1831
in der Stadt Borken
vom xy

Aufgrund der §§ 7 Gemeindeordnung NRW, 2 Gesetz über die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten vom 9. April 1956 (GS. NW. S. 740) SGV. NRW. 7815, zuletzt geändert durch Art. 3 BefristungsÄndG vom 16. 3. 2010 (GV. NRW. S. 198) hat der Rat der Stadt Borken in seiner Sitzung am 17.12.2014 mit Zustimmung des Landrates des Kreises Borken als ntere staatliche Verwaltungsbehörde vom xy die folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Für die folgenden Wege wird die Zweckbindung der Teilungsrezesse der Butenwirther Mark vom 13.10.1831 aufgehoben. Die Wege sollen anschließend in das Eigentum der Stadt Borken übergehen:

- 1) Gemarkung Borkenwirthe, Flur 5, Flurstück 1391 (Mühlenweg zwischen Borkener Straße und Dunkerstraße)
- 2) Gemarkung Borkenwirthe, Flur 5, Flurstück 1697 (Mühlenweg nordwestlich der Dunkerstraße)
- 3) Gemarkung Borkenwirthe, Flur 5, Flurstück 37 (Gutenbergstraße südlich der Dunkerstraße)

§ 2

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung:

Vorstehende Satzung über die Änderung des Teilungsrezesses der Butenwirther Mark vom 13.10.1831 wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird gemäß § 7 Abs. 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666/SGV NRW 2023) in der derzeit gültigen Fassung auf folgende Rechtsfolgen hingewiesen:

Eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) beim Zustandekommen dieser Satzung kann nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
- b) diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt Borken vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Borken, xy

Lührmann
Bürgermeister

Satzungserlass

Prüf- und Bestätigungsvermerk durch den Bürgermeister

Satzung über die Änderung des Teilungsrezesses der Butenwirther Mark vom 13.10.1831 in der Stadt Borken vom xy

Gemäß § 2 Abs. 3 der Verordnung über die öffentliche Bekanntmachung von kommunalem Ortsrecht (Bekanntmachungsverordnung – BekanntmVO) vom 26.08.1999 in der derzeit gültigen Fassung, wird hiermit bestätigt, dass der Wortlaut der anliegenden Satzung mit dem Beschluss des Rates der Stadt Borken vom 17.12.2014 übereinstimmt. Es ist nach § 2 Abs. 1 und 2 der Bekanntmachungsverordnung verfahren worden.

Borken, xy

Lührmann
Bürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 9 Sachstandsbericht über die Turnhalle der Remigiusschule aufgrund des E-Mail-Antrages der CDU vom 23.09.2014
Vorlage: V 2014/280

Fachbereichsleiter Gottlob erläutert die aktuelle Situation der Turnhalle der Remigiusschule anhand der Vorlage.

zu 10 Dachsanierung der Turnhalle der Astrid-Lindgren-Grundschule und Austausch des Schwingbodens der Turnhalle
Vorlage: V 2014/265

Herr Roland Schulz (Architekturbüro Schulz) erläutert anhand der als Anlage beigefügten Präsentation die Dachsanierung der Sporthalle Burlo.

Stv. Kohlruss hätte gerne eine Variante 4 mit Zuschauerräumen. Zudem haben Schüler den Hinweis gegeben, dass die Sporthalle nicht mehr in ordnungsgemäßem Zustand sei. Der Duschbereich sei von Schimmel befallen und sanitäre Objekte seien defekt. Zudem habe eine Sportlehrerin den Hinweis gegeben, dass viele Sportgeräte nicht mehr verkehrssicher seien.

Stv. Ebbing merkt an, dass dem Gymnasium für die Kostenbeteiligung zu danken sei.

Stv. Giem gibt an, dass nur Variante 3 in Frage kommen könne.

Stv. Kindermann fügt hinzu, dass Variante 3 sinnvoll sei, da Betriebskosten gespart werden und das Dach eine längere Lebensdauer habe.

Stv. Kohlruss möchte wissen, welche Art von Schwingboden die Turnhalle bekommen werde.

Herr Schulz gibt an, dass hierzu aktuell noch keine Auskunft erteilt werden könne.

Fachbereichsleiter Gottlob fügt hinzu, dass in der Regel ein flächenelastischer Schwingboden eingebaut werde, dieses aber noch geprüft werden müsse.

Beschluss:

Der Umwelt- u. Planungsausschuss stimmt der Ausführung einer Dachsanierung und dem Austausch des Schwingbodens auf Basis der Variante 3 zu.

Die erforderlichen Finanzmittel werden im Rahmen der Finanzplanung im Haushalt 2015 bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Annahme mit	19 Ja-Stimmen
	0 Nein-Stimmen
	0 Enthaltungen

zu 11 **Mitteilungen und Anfragen**

Siehe Unterpunkte.

zu 11.1 **Aktuelle Planung St. Remigius Kirchplatz**

Fachbereichsleiter Bücker erläutert anhand des als Anlage beigefügten Lageplans die aktuellen Änderungen. Die Kirche wünscht, dass ein Labyrinth auf dem Kirchplatz erstellt wird. Diese Maßnahme könne mehrere tausend Euro kosten, welche aber von der Kirche getragen werden.

Stv. Kranenburg möchte wissen, ob im Vorfeld darüber gesprochen wurde.

Erste Beigeordnete Schulze Hessing gibt an, dass der Kirchenvorstand an die Stadtverwaltung herangetreten sei. Es sei der absolute Wunsch, dass das Labyrinth umgesetzt werde. Voraussetzung dafür sei, dass alle Mehrkosten von der Kirche getragen werden.

Stv. Ebbing fügt hinzu, dass das Labyrinth so gemacht werden könne, wenn es die selben Materialien habe und die Kosten von der Kirche getragen werden.

zu 11.2 **Anlagen von Vorlagen**

Stv. Kindermann merkt an, dass die zukünftigen Anlagen im PDF-Format der Vorlagen eine bessere Qualität haben sollten, damit diese auch vergrößert werden können.

zu 11.3 **Verkehrssituation Coesfelder Straße**

Stv. Gliem gibt an, dass ein schriftlicher Antrag bezüglich der Verkehrssituation Coesfelder Straße gestellt wurde.

Fachbereichsleiter Bücker erklärt, dass man im Landesbetrieb diesbezüglich noch keinen erreicht habe, der Anfrage werde nachgegangen.

gez. Paul Rottbeck
Ausschussvorsitzender

gez. Matthias Kaß
Schriftführer